

Beilage 1976

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Ministerialentscheidung vom 3. April 1935 Nr. 3650 a — 13 über die fachliche Nachprüfung der Kreisbaumeister, die mit dem Selbstverwaltungsrecht der Landkreise nicht zu vereinbaren ist, zurückzuziehen.

München, den 2. November 1948

Noiger

und Fraktion (SPD)

Beilage 1977

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, zwecks Vereinfachung und Verbilligung der Justizorganisation und der Inneren Verwaltung einen Sachverständigenausschuß zu berufen und dem Landtag seiner Zeit die Vorschläge dieses Ausschusses zu unterbreiten.

München, den 3. November 1948

Dr. Hoegner

und Fraktion (SPD)

Beilage 1978

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag eine Rechtsverordnung über Verleihung der Kreisunmittelbarkeit an die Stadt Nördlingen vorzulegen.

München, den 3. November 1948

Kramer

und Fraktion (SPD)

Beilage 1979

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die im Gesetz über die Zahlung von Zuwendungen an nichtbayerische Pensionisten vom 3. Mai 1948 vorgesehenen Beträge werden mit sofortiger Wirkung den Sätzen der anderen Länder wie in Hessen angeglichen.

München, den 3. November 1948

Bitom

und Fraktion (SPD)

Beilage 1980

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag beschleunigt ein neues Pensionsgesetz vorzulegen, das eine Neuregelung der Pensionsbezüge unter Berücksichtigung aller Anspruchsberechtigten — also auch der Flüchtlinge — in gleicher Weise verbürgt.

München, den 3. November 1948

Bitom

und Fraktion (SPD)

Beilage 1981

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

Die bayerische Staatsregierung wird ersucht, unverzüglich Vorkehrungen zu treffen, daß die Beherbergungsbetriebe des Frankenwaldes und des Fichtelgebirges, insbesondere die Bade- und Kurorte Bad Steben, Berned und Bischofsgrün baldigst ihrem ursprünglichen Bestimmungszweck wieder zugeführt werden, so daß sie in der Lage sind, im kommenden Frühjahr wieder in großer Zahl Erholungssuchende aufzunehmen.

Begründung

Die erwähnten Gebiete sind Notstandsgebiete und mit einem großen Teil ihrer Bevölkerung auf die Einkünfte aus dem Fremdenverkehr angewiesen, so daß die Ermöglichung der Wiederaufnahme des Beherbergungsbetriebes für einen großen Teil der Bevölkerung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes dringend nötig ist.

München, den 3. November 1948

Dr. Linnert

und Fraktion (FDP)